

Liste Kaltenbeck

GEMEINSAMER ANTRAG 1

Betrifft: Trade in Services Agreement (TiSA)

Antrag

Die Vollversammlung der Arbeiterkammer Steiermark fordert die österreichische Bundesregierung, die Abgeordneten zum Nationalrat und die österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament auf

- keinen Handelsabkommen zuzustimmen, durch die die politischen Handlungsspielräume für die Erbringung, Regulierung und Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen eingeschränkt werden
- sich für einen sofortigen Stopp der Verhandlungen zum Handelsabkommen TiSA einzusetzen.

Begründung

TiSA zielt auf eine weitgehende, irreversible Liberalisierung und Privatisierung des Dienstleistungssektors ab. Alle öffentlichen Dienstleistungen, die für den sozialen Zusammenhalt wichtig sind und zu denen alle BürgerInnen freien Zugang haben müssen, sind davon betroffen: Bildung, Energieversorgung, Wasser, Transporte, öffentlicher Verkehr, Post, Telekommunikation, Kultur und Freizeit, Abfallwirtschaft, Alterspflege. Wie ein kürzlich durchgesickertes Dokument belegt, wird auch über die Privatisierung des Gesundheitssektors verhandelt.

Gegenüber dem in Geltung stehenden GATS bringt TiSA eine Verschärfung des Liberalisierungsdrucks insbesondere in folgenden Punkten:

- statt des bisherigen Standards „Positivistenansatz“ (liberalisiert wird das, was explizit verpflichtet ist) soll in wichtigen Bereichen des Abkommens ein „**Negativlistenansatz**“ zum Einsatz kommen („list it or lose it“ — was nicht ausgenommen ist, ist voll liberalisiert)
- Staaten sollen in bestimmten Sektoren den Status der Liberalisierung beibehalten können, jedoch können diese nicht wieder stärker reguliert werden („**Stillhalteklause**l“)
- Liberalisierungsverpflichtungen sollen nicht nur irreversibel gemacht, sondern auch fortlaufend festgeschrieben werden („**Ratchet Clause**“).

Die Arbeiterkammer Steiermark hat in ihrer 2. Vollversammlung vom 6. November 2014 in Bezug auf TTIP und CETA gefordert, dass die öffentliche Daseinsvorsorge durch die geplanten Handelsabkommen unangetastet bleiben muss. Die explizite Forderung nach einem Stopp der Verhandlungen zu TiSA — dessen Anwendungsbereich eben die Dienstleistungen der Daseinsvorsorge sind — ist eine im Interesse der ArbeitnehmerInnen gebotene Bekräftigung und Konkretisierung dieses Beschlusses.

Graz, am 19. 4. 2015

Für die AUGE-UG

Für die Fraktion GLB-KPÖ

Für die Liste Kaltenbeck

Ursula Niediek

Kurt Luttenberger

Dieter Kaltenbeck





